

N i e d e r s c h r i f t

**der 50. öffentlichen Sitzung des Ausschusses f. Planungs- u.
Umweltangelegenheiten (Planungsausschuss) am 09.12.2003**

öffentlich

Ort:	Stadthaus Kleiner Saal
Zeit:	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dieter Lehmann	CDU
Herr Dr. Gerhard Hesse	CDU
Herr Ingo Kautz	CDU
Herr Frank-Uwe Heft	PDS
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS
Herr Tilo Biesecke	SPD
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL
Herr Bernd Stemme	UBF
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Eike Blumenthal	SKE
Herr Christian Feigl	SKE
Herr Peter Kummer	SKE
Frau Renate Pehl	SKE
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Klaus Müller	PDS	vertreten durch Herrn Dr. Bartsch
Frau Barbara Scheller	SPD	vertreten durch Herrn Koehn

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, Haushaltskonsolidierung
Vorlage: III/2003/03754
 - 4.2. Offenlagebeschluss Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 52, westlicher Bereich Stadtteilzentrum Neustadt, 1. Planänderung
Vorlage: III/2003/03546
 - 4.3. Bebauungsplan Nr. 102.3 Mansfelder Straße/ Holzplatz/ Ehemaliges Gaswerk - Abwägungsbeschluss
Vorlage: III/2003/03687
 - 4.4. Bebauungsplan Nr. 102.3 Mansfelder Straße/ Holzplatz/ Ehemaliges Gaswerk - Satzungsbeschluss
Vorlage: III/2003/03686
 - 4.5. Neues Zentrenkonzept
Vorlage: III/2003/03641
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Lehmann**, eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit und den fristgerechten Eingang der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Zusätzlich zur Tagesordnung war der Punkt „Information zum TGZ III“ aufzunehmen. Eine Ergänzung zur Tagesordnung war vorab versendet worden. Es wurde diskutiert, ob der TOP als 1. TOP 1

2. TOP 4.6 oder

3. Mitteilung unter TOP 8

behandelt werden soll.

Abgestimmt wurde die Variante 3.

Abstimmungsergebnis

5 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 3

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Wortprotokoll:

Herr Lehmann gab eine Information zur Messe Bruckdorf. Aus seiner Sicht wurde durch ein Missverständnis im Stadtrat nicht die Variante des PUA beschlossen. Er empfiehlt eine Dringlichkeitsvorlage zum nächsten Stadtrat vorzulegen, um einen Beschluss im Sinne des PUA-Vorschlages zu erreichen.

Anmerkung der Verwaltung: bereits im Finanzausschuss wurde die Änderung der Vorlage entgegen dem Votum des PUA ausführlich diskutiert. Aus Sicht der Verwaltung ist nicht von einem Missverständnis auszugehen.

Herr Kautz bat um Änderung des Protokolls wie folgt:

Zu TOP 4.7

Die Frage von Herrn Kautz, ob der „Standort Hermes“ nicht in die Zentrenzielplanung gehört, wurde mit NEIN beantwortet, da es nicht der Wille der Verwaltung ist, diesen Standort als ein neues Zentrum zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen 4

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, Haushaltskonsolidierung Vorlage: III/2003/03754

Wortprotokoll:

Herr Lönnecke gab Erläuterungen zu den Personalkosten für 2004, die dem Protokoll als Anhang beigefügt werden.

Herr Doege informierte darüber, dass es Veränderungen beim kommunalen Finanzausgleich geben wird (ca. 5,6 Mio € weniger), die Auswirkungen auf den Verwaltungshaushalt haben.

Herr Lehmann fragte, welche Projekte von einer Rücknahme des KOMM-Invest-Programms betroffen wären.

Verwaltung: 1. Saaleradwanderweg

2. Industriegebiet Ammendorf

Herr Lehmann fragte nach den Aussagen des ZGM die Mieten betreffend.

Herr Doege erläuterte, dass z.Zt. ein Mieter-Vermieter-Modell gestaltet wird, zu dem grundsätzliche Abstimmungen noch notwendig sind.

Herr Nagel vom ZGM gab einige Informationen zu diesem Modell.

Herr Heft stellte den Geschäftsordnungsantrag auf 1. Lesung, da noch Abstimmungsbedarf in den Fraktionen vorhanden ist.

Herr Biesecke sprach gegen den Antrag.

Der Antrag wurde mit

5 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

angenommen.

Zur Haushaltssatzung gab es keinen Diskussionsbedarf.

Den Fraktionen wird für die sachkundigen Einwohner noch ein Exemplar des HH zur Verfügung gestellt.

Die einzelnen HH-Stellen wurden nacheinander abgearbeitet.

Zu folgenden Punkten gab es Rückfragen:

- Seite 355/ 1.6100.400000

Herr Biesecke fragte nach dem Personalkostenanstieg.

Frau Dr. Merk erläuterte, dass dies aus wiederbesetzten Stellen und internen Umsetzungen aus 2003 resultiert (siehe V 110).

- Seite 358/ 1.6300.659000

Frau Dr. Haerting fragte ob diese Haushaltsstelle auch die Sicherung der Mittelstr. 17/18 beinhaltet.

Herr Dr. Hannuschka verneinte dies, da bei Gefahrenabwehr nicht vorsorglich sondern im Akutfall eingegriffen wird.

- Seite 363/ 1.6500.655100

Frau Ströhl erläuterte die Notwendigkeit von Planungsleistungen in diesem UA (z.B. bei Planungen für Brückensanierungen).

- Seite 366/ 6700

Der Posten für die Straßenbeleuchtung enthält zwei Pauschalzahlungen an die EVH, Unterhaltsleistungen und Energie. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der EVH zum Energiepreis.

Herr Heft möchte, dass bis zur 2. Lesung am 13.01.2004 eine Prognose zu den Kosten für die Straßenbeleuchtung in 2004 vorgelegt wird.

- Seite 368/ 6800

Herr Heft fragte, wie die Stadt die fehlenden Parkplätze (Wegfall durch Straßenbahnneubau) ausgleichen will. Er machte darauf aufmerksam, dass im Quartier Große Märkerstraße/ Sternstraße immer noch keine Parkplatzbewirtschaftung stattfindet.

Die Verwaltung antwortete, dass diese in Bearbeitung ist.

Herr Doege teilte mit, dass für die Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Bewirtschaftung im Quartier August-Bebel-Straße die Mittel nicht freigegeben werden konnten.

- Seite 376/ 7500

Herr Biesecke fragte, ob die Änderungen, die durch die neue Friedhofsgebührensatzung entstehen bereits in den HH-Plan eingearbeitet seien.

Frau Riedel teilte mit, dass dies erst nach dem SR-Beschluss am 17.12.2003 erfolgen kann und danach die Änderungen zum HH-Plan noch eingebracht werden.

- Seite 480/2.6150.340000

Frau Dr. Haerting fragte nach dem Grund für den HH-Ansatz 0 bei Veräußerungen von Gebäuden und Grundstücken.

Frau Dr. Merk erläuterte, dass alle Verträge der vergangenen Jahre abgearbeitet seien und es nicht voraussehbar ist, ob neue Veräußerungen in 2004 zu erwarten sind.

- Seite 516/2.8800.987000

Herr Heft fragte nach einer Veränderung der Förderquote beim Vorhaben Holzplatz.

Frau Riese und Frau Balleyer erklärten, dass das Gesamtvorhaben zu betrachten ist und Eigenmittel teilweise aus HH-Resten 2003 gedeckt sind.

- Seite 486/ 2.6300.950000

Frau Riedel verteilte eine Änderung zum HH-Plan-Entwurf und informierte, dass Fördermittel aus dem ländlichen Wegebau für Radwege zur Verfügung stehen, so dass bei unverändertem Eigenmittel-Anteil ein wesentlich höherer Ansatz für den Radwegebau zur Verfügung steht.

Frau Ströhl ergänzte, dass es damit möglich wird mit gleichem Einsatz mehr Radwege im Außenbereich zu bauen.

Die Haushaltskonsolidierung wird in der 2. Lesung behandelt.

Herr Biesecke regte an, Fragen zum HH im Vorhinein an die Verwaltung zu geben.

Abstimmungsergebnis:

2. Lesung am 13.01.2004

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat berät die Haushaltssatzung 2004, den Haushaltsplan 2004, nebst Anlagen und das Haushaltskonsolidierungskonzept in der ersten Lesung am 26. November 2003 und verweist in die Fachausschüsse.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2004, den Haushaltsplan 2004 und das Haushaltskonsolidierungskonzept in der zweiten Lesung am 25. Februar 2004.

**zu 4.2 Offenlagebeschluss Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 52,
westlicher Bereich Stadtteilzentrum Neustadt, 1.Planänderung
Vorlage: III/2003/03546**

Wortprotokoll:

Der Manager der Neustadt-Centrums, Herr Rolle, erläuterte die Gründe für die Schließung der Durchwegung in der Nacht und am Wochenende.

Herr Dr. Köck fragte nach der Frequentierung des Centrums außerhalb der Ladenöffnungszeiten.

Herr Rolle schätzte 150 bis 180 Personen.

Herr Dr. Köck schlug vor, eine Bürgerbefragung in geeigneter Weise durchzuführen.

Herr Lehmann wies darauf hin, dass es sich um einen Offenlagebeschluss handelt, bei dem die Bürger automatisch beteiligt sind.

Herr Heft kritisierte, dass bereits heute das Wegerecht beschränkt worden ist und damit seiner Meinung nach die Sicherheit der Bürger beeinträchtigt wird, da die Bürger zu Umwegen gezwungen werden. Er fragte, was dem Neustadt-Centrum „die Sache wert sei“.

Herr Rolle antwortete, dass die Sicherheit der Bürger durch eine umfassende Beleuchtung im Außenbereich des Centrums gegeben ist. Zur Frage des Herrn Heft verweigerte er eine Aussage.

Herr Stemme betonte, dass er durch Kontakt zu den Bürgerräten erfahren hat, dass das Centrumsmanagement gute Lösungen für Probleme der Bürger in den anliegenden Hochhäusern gefunden hat und dass deshalb die Bürger auch bereit seien auf das Wegerecht zu verzichten. Er fragte nach der Anzahl des Wachpersonals.

Herr Rolle – am Tag zwei Sicherheitskräfte

- in der Nacht zusätzlich zwei Kräfte plus einem Kurierfahrer

Herr Feigl meinte, dass sich der öffentliche Raum architektonisch bedingt innerhalb des Gebäudes befindet. Er fragte nach dem Verlauf der Fußwege außerhalb des Gebäudes und dem Zugang zum Kino. – wurde beantwortet

Herr Kautz stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.

Herr Heft sprach gegen den Antrag, da seiner Meinung nach der Standpunkt des zuständigen FB fehlt.

Dem Antrag wurde mit

6 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen

mehrheitlich zugestimmt.

Herr Doege schlug vor, Aushänge in den Hochhäusern und mit Einverständnis des Managements auch im Centrum mit dem Hinweis auf die Offenlage zu initiieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen 2

Enthaltungen 3

Beschluss:

Der Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 52, westlicher Bereich Stadtteilzentrum Neustadt, 1. Planänderung, einschließlich seiner Begründung wird gebilligt und zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB bestimmt

**zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 102.3 Mansfelder Straße/ Holzplatz/ Ehemaliges Gaswerk - Abwägungsbeschluss
Vorlage: III/2003/03687**

Wortprotokoll:

Abwägung und Satzung wurden gemeinsam diskutiert.

Herr Lehmann fragte nach dem genauen Standort der 1,7 ha Baumbestand und baumähnlicher Gehölze, die abgeholzt werden sollen.

Herr Ploß verwies auf die FNP-Änderung Nr. 14 in der dies ersichtlich ist.

Herr Feigl fragte nach der Notwendigkeit des Abrisses des Reinigerhauses.

Frau Balleyer erläuterte, dass bei der Sanierung der Teergruben am Fundament des Reinigerhauses Teerreste gefunden wurden. Aus Umweltgründen ist der Abriss notwendig geworden. Wahrscheinlich wird dies auch noch andere Gebäude betreffen.

Herr Heft wollte wissen, wie Kinder das Areal erreichen können. Er bezog sich dabei auf die durchgeführte Kinderfreundlichkeitsprüfung.

Frau Dr. Merk erklärte, dass die Erreichbarkeit durch den ÖPNV gegeben ist und in der weiteren Bearbeitung des Projektes das Gelände noch besser (MIV, Fußgänger) erschlossen und dieser Aspekt dabei berücksichtigt wird.

Herr Heft möchte folgende Frage bis zum Stadtrat am 17.12.2003 schriftlich beantwortet haben: „Wie ist die Erreichbarkeit des Geländes für Kinder geprüft worden und zu welchem Ergebnis hat die Prüfung geführt?“

Herr Dr. Köck stellte fest, mit wie wenig Platz „Phänomene“ auskommen wird.

Es erfolgte eine getrennte Abstimmung von Abwägung und Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 8

Enthaltungen 1

Beschluss:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 102.3 - Mansfelder Straße / Holzplatz / Ehemaliges Gaswerk wird zugestimmt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Trägern öffentlicher Belange sowie den Bürgerinnen und Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

**zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 102.3 Mansfelder Straße/ Holzplatz/ Ehemaliges Gaswerk - Satzungsbeschluss
Vorlage: III/2003/03686**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 7

Nein-Stimmen 2

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 102.3, Mansfelder Straße / Holzplatz / Ehemaliges Gaswerk, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen

- Festsetzungen, sowie örtlichen Bauvorschriften nach § 90 BauO LSA als Bestandteil des Bebauungsplanes, gemäß § 10 BauGB als Satzung.
2. Der Stadtrat stimmt der Begründung des Bebauungsplanes zu.

zu 4.5 Neues Zentrenkonzept

Vorlage: III/2003/03641

Wortprotokoll:

Herr Lehmann erläuterte seinen Antrag, der vor der Sitzung verteilt wurde und beantragte, diese Vorlage zu vertagen, da weiterer Klärungsbedarf besteht.

Herr Biesecke unterstützte diesen Antrag.

Herr Stemme bemerkte, dass es in der Fraktion große Probleme gibt wegen der Einwohnerzuordnung, mehr Aktualität wird gewünscht (Zahlenbasis 2002), es besteht weiterer Klärungsbedarf.

Herr Dr. Köck möchte weitere Diskussion dieses Themas im Ausschuss – neue Zeitschiene.

Frau Dr. Merk erläuterte, dass dieses Konzept auf Grund aktueller Entwicklungen keine langfristige allgemeine Gültigkeit besitzen kann. Sie bat, den Beschluss nicht zu lange hinaus zu zögern, da sich immer neue Aspekte ergeben werden. Sie verwies auf die Vorlage des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, das in Kürze zu erwarten sei.

Herr Dr. Franke machte einige Ausführungen zur Entstehungsgeschichte und zum Abstimmungsprozess mit der IHK und der „Kaufmannschaft“.

Herr Stemme war der Meinung, dass mit diesem Beschluss Entwicklungen verhindert und Investoren abgeschreckt werden.

Frau Pehl machte darauf aufmerksam, dass zu viele C-Zentren wegfallen und dafür das Hauptaugenmerk auf die D-Zentren gelenkt würde. Sie hielt diese Entwicklung für ungünstig.

Herr Heft bat Herrn Lehmann um eine Erläuterung zu seinem Änderungsantrag die gebietsnahe Versorgung betreffend.

Herr Lehmann erläuterte, dass es ihm um den Punkt 4 des Beschlussvorschlages ginge, wer entscheidet, ob Einzelhandelsvorhaben die Funktionsfähigkeit des Zentrums nicht gefährden.

Frau Dr. Merk machte den Vorschlag, bis zur nächsten Behandlung der Vorlage im PUA Hintergrundinformationen zu erarbeiten. Sie wies darauf hin, dass das Zentrenkonzept analog dem integrierten Stadtentwicklungskonzept fortgeschrieben werden muss. Ziel und Zweck des Konzeptes ist es, die Nahversorgung zu unterstützen. Bei Schwierigkeiten der Genehmigung von Einzelvorhaben werden die Stadträte über ein B-Plan-Verfahren beteiligt.

Herr Lehmann stellte den Antrag, die Vorlage auf den März 2004 zu verschieben.

Dem Antrag wurde mit

6 Ja-Stimmen

3 Enthaltungen

einheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6 Anfragen von Stadträten

zu 7 Anregungen

zu 8 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Herr Funke teilte dem Ausschuss die **weitere Verfahrensweise zum TGZ III**, aufgrund der Empfehlung des Gestaltungsbeirates, den Entwurf städtebaulich zu überarbeiten, mit.

Durch das TGZ wurde eine Alternativplanung erarbeitet und Varianten geprüft. Bei diesen Alternativvarianten entstehen Mehrkosten in Höhe von ca. 1,4 Mio €. Aus diesem Grund kann in der weiteren Projektierung nicht der Empfehlung des Gestaltungsbeirates gefolgt werden. Die städtebauliche Planung, die auch Gegenstand im Vergabeverfahren nach VOF war, wird daher weiterentwickelt.

Herr Lehmann und Frau Pof. Vent fragten nach der Zusammensetzung der 1,4 Mio €.

Herr Pof. Lukas erläuterte: rein investive Kosten für Vergrößerung des Gebäudes und zwei Haustechnikanlagen (in Folge ergeben sich höhere Betriebskosten, Standortnachteil für junge Unternehmen), die Hauptnutzfläche wird damit nicht erweitert.

Herr Heft kritisierte, dass keine Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Es folgte eine Erläuterung anhand von Plänen.

Frau Prof. Vent kritisierte, dass sich ihrer Meinung nach die Oberbürgermeisterin über den Stadtratsbeschluss und das Votum des Gestaltungsbeirates hinwegsetzt. Sie befürchtete, dass es am Ende zu einem Totalabriss der denkmalgeschützten Gebäude kommen wird. Sie meldete Gesprächsbedarf an. Eine Konfrontation würde zur Verlängerung der Verfahrens führen (z.B. durch Anträge aus den Fraktionen).

Herr Dr. Köck machte den Vorschlag, dem Stadtrat eine Vorlage mit der Kostenerhöhung vorzulegen und damit zu entscheiden, ob die Stadt bereit ist, diese Kosten zu tragen.

Herr Funke warnte vor dem Verlust der Fördermittel, wenn das Verfahren noch weiter verlängert wird.

Frau Prof. Vent bekräftigte den Bedarf nach weiteren Gesprächen und Prüfungen. Sie war der Meinung, dass Herr Funke im Aufsichtsrat hätte rechtzeitig eingreifen müssen.

Herr Funke wies die Vorwürfe zurück.

Die Debatte wurde abgebrochen und keine weiteren Festlegungen getroffen.

Folgende Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen wurden in der Sitzung verteilt:

1. Anfrage des Stadtrates Stemme zum Stand des Projektes „Phänomena“ (PUA 11.11.03)
2. Anfrage des Stadtrates Dr. Rürup zur Bautätigkeit in der Mansfelder Straße (PUA 11.11.03)
3. Anfrage des Stadtrates Tilo Biesecke zum Prüfauftrag für den Skate- und Radweg Halle-Leipzig (PUA 11.11.03)
4. Information zum Gestaltungsbeirat am 18.11.03
5. Mitteilungen zum Haushalt
 - 5.1 Planansatz des FB Umwelt zur Mehrwertsteuer
 - 5.2 Übersicht über 2004 anfallende Planungsleistungen und Sachverständigenkosten im FB 61
 - 5.3 Korrekturen für den HH-Planentwurf 2004

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.02.13

Schmiedehaus
Protokollführerin

Dr. Merk
FB-Leiterin

Lehmann
Vorsitzender